

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	Einleitung in den Gegenstand der Untersuchung	23
A.	Anlass der Einbeziehung des Staatsangehörigkeitsrechts in die Terrorismus- und Extremismusbekämpfung	25
B.	Konkretisierung und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	29
	I. Einbeziehung sämtlicher Ausbürgerungsformen	29
	II. Einbeziehung der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung im Rahmen des Erwerbs der Staatsangehörigkeit	32
C.	Gang der Arbeit	32
Kapitel 2	Terrorismus und Extremismus – Begriffsbestimmungen im Lichte des Staatsangehörigkeitsrechts	36
A.	Begriffsbestimmung „Terrorismus“	36
	I. Parameter für die Begriffsbestimmung	38
	II. Die Definition des Terrorismus im STL-Zwischenurteil	41
	1. Das <i>core concept</i> des Terrorismusbegriffs	42
	2. Würdigung der Entscheidung und Zwischenergebnis	44
	III. Der Terrorismusbegriff auf der Ebene des Völkerrechts	45
	1. Einheitliche Terrorismuskonvention vs. separate Konventionen	46
	2. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus	48
	3. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge und die <i>Draft Comprehensive Convention on International Terrorism</i>	49
	4. UN-Resolutionen der UN-Generalversammlung und des Sicherheitsrats	52
	5. Regionales Völkerrecht: Europarat	53
	6. Zusammenfassung zum Terrorismusbegriff auf völkerrechtlicher Ebene	53
	IV. Europäische Union	54
	V. Nationales Recht	56
	1. Vereinigte Staaten von Amerika	57

2. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	58
3. Kanada	60
4. Deutschland	62
a) Strafrechtliche Aspekte des Terrorismusbegriffs	62
b) Terrorismusbegriff im besonderen Verwaltungsrecht	65
5. Ergebnis zum Terrorismusbegriff auf nationaler Ebene	67
VI. Herausarbeitung des staatsangehörigkeitsrechtlichen Terrorismusbegriffs	68
1. Anforderungen an das objektive Element des Terrorismusbegriffs	68
2. Anforderungen an das subjektive Element	70
a) Einschüchterungs- und Beeinflussungszweck	70
b) Politisches Motiv als Grunderfordernis einer terroristischen Tat	71
c) Zwischenergebnis	74
3. Terrorismus und bewaffnete Konflikte	74
4. Potenzieller Täterkreis	76
VII. Ergebnis: wesentliche Merkmale der Terrorismusdefinition	78
B. Begriffsbestimmung Extremismus	78
I. Extremismus als Oberbegriff	79
II. Unterscheidung zwischen Extremismus und Terrorismus	81
III. Parameter für die Begriffsbestimmung: juristischer Ansatz zur Begriffsbestimmung	82
IV. Staatsangehörigkeitsrechtliche Bestimmung des Extremismusbegriffs	84
1. Objektives Element	85
2. Aktives Element	85
3. Handeln für einen Personenzusammenschluss	87
4. Ergebnis	88

Kapitel 3	Terrorismus- und Extremismusbekämpfung im Zuge des Erwerbs der Staatsangehörigkeit nach geltendem Staatsangehörigkeitsrecht	89
A.	Überblick über die Erwerbsmöglichkeiten der deutschen Staatsangehörigkeit	89
	I. Allgemeine Grundsätze und Vorgaben des Völker-, Europa- und Verfassungsrechts	89
	1. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem Völkerrecht	90
	a) <i>Genuine link</i> und Effektivität der Staatsangehörigkeit	91
	b) Der Erwerb der Staatsangehörigkeit und Mehrstaatigkeit	93
	2. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit aus europarechtlicher Perspektive	94
	3. Die Perspektive des Grundgesetzes	95
	4. Zwischenergebnis	97
	II. Unterschiedliche Erwerbstatbestände im Staatsangehörigkeitsrecht	97
	1. Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt	99
	2. Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung	100
	a) Ermessenseinbürgerung nach § 8 StAG	100
	b) Ehegattenregelung des § 9 StAG	101
	c) Anspruchseinbürgerung gem. § 10 StAG	103
	d) Vereinbarkeit der Erwerbstatbestände des StAG mit Völker-, Verfassungs- und Europarecht	104
B.	Anknüpfungspunkte für die Terrorismus- und Extremismusbekämpfung nach geltendem Staatsangehörigkeitsrecht	104
	I. Loyalitätserklärungen und Bekenntnisse im Zusammenhang mit der Einbürgerung	105
	II. Straffreiheit des Einbürgerungsbewerbers	108
	III. Einbürgerungsausschluss aus sicherheitsrelevanten Gründen	109
	1. Einbürgerungsausschluss nach § 11 StAG	110
	a) Rechtsgüter des § 11 StAG	110
	aa) Die freiheitliche demokratische Grundordnung	111
	bb) Auswärtige Belange der Bundesrepublik	113

b) Einbürgerungsausschlussgrund: § 11 S. 1 Nr. 1 StAG	113
aa) Unterstützung	114
(1) Selbsterklärungen und Solidaritätsbekundungen zugunsten verbotener Organisationen	117
(2) Mitgliedschaft in extremistischen Vereinigungen	118
(a) Aktive Mitgliedschaft	118
(b) Passive Mitgliedschaft	120
(3) Unterstützungshandlungen außerhalb der Mitgliedschaft in einer Vereinigung	122
(4) Verhältnis § 11 S. 1 Nr. 1 StAG zu § 12a StAG	125
(5) Zwischenergebnis	126
bb) Beweislastverteilung und Ermittlungsrecht der Einbürgerungsbehörde	127
cc) Abwenden von früheren Bestrebungen als Ausschluss des § 11 S. 1 Nr. 1 StAG	129
c) Einbürgerungsausschlussgrund: § 11 S. 1 Nr. 2 StAG	131
aa) Allgemeine Anmerkungen zum Einbürgerungsausschluss des § 11 S. 1 Nr. 2 StAG	131
bb) § 11 S. 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG	132
d) Fazit	134
2. Die Einordnung in deutsche Lebensverhältnisse als Schranke der Einbürgerung extremistischer Personen	135
3. Ermessensbetätigung im Rahmen des § 8 StAG als zusätzliche sicherheitsbezogene Einbürgerungsverhinderung?	137
IV. Informatorische Anfragen beim Verfassungsschutz und anderen Behörden	139
1. § 37 Abs. 2 StAG	139
2. § 32 StAG	141
3. Weitere Informationsquellen	142
V. Fazit zu Kapitel 3	143

Kapitel 4 Der Erwerb und der Erwerbsausschluss der Staatsangehörigkeit in anderen Staaten

A. Frankreich	145
I. Allgemeine Grundsätze und Entwicklungslinien des französischen Staatsangehörigkeitsrechts	145

II. Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit	148
III. Sicherheitsrelevante Ansätze des französischen Staatsangehörigkeitsrechts	150
1. Der Assimilationsvorbehalt als Mittel der Extremismusbekämpfung	150
a) Materieller Inhalt des Assimilationserfordernisses	151
b) Formeller Inhalt des Assimilationserfordernisses	153
2. Unbescholtenheit und Straffreiheit des Ausländers	154
IV. Zwischenergebnis	155
B. Belgien	157
I. Allgemeine Grundsätze und Entwicklungslinien des belgischen Staatsangehörigkeitsrechts	157
II. Erwerbsmöglichkeiten der belgischen Staatsangehörigkeit	160
III. Sicherheitsrelevante Ansätze im Zuge des Erwerbs der belgischen Staatsangehörigkeit	161
1. Das Staatsangehörigkeitsrecht als Instrument der Extremismusbekämpfung	162
2. <i>Faits personnels graves</i> als Ausschlussgrund beim Erwerb der belgischen Staatsangehörigkeit	163
a) Anwendungsbereich des Ausschlussgrundes	163
b) Inhaltliche Reichweite des Ausschlussgrundes	164
c) Verhalten Minderjähriger	167
IV. Zwischenergebnis	168
C. Das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland	169
I. Allgemeine Grundsätze und Entwicklungslinien des britischen Staatsangehörigkeitsrechts	169
II. Überblick über die Arten des Erwerbs der Staatsangehörigkeit im britischen Staatsangehörigkeitsrecht	170
III. Sicherheitsrelevante Ansätze im Bereich des Erwerbs der British Citizenship	173
1. Verschärfung des britischen Staatsangehörigkeitsrechts seit 2000	173
a) Unruhen in Nordengland und der <i>Cantle-Report</i>	173
b) <i>Probationary Citizenship</i> und „verdiente“ Staatsangehörigkeit	175
2. <i>Good character</i> als Einbürgerungs- und Registrierungsvoraussetzung	177
3. Sicherheitsrelevante Überlegungen im Bereich der Ermessensausübung	179

IV. Zwischenergebnis	181
D. Ergebnis zur Einbettung sicherheitsrelevanter Ansätze im Bereich des Staatsangehörigkeitserwerbs in verschiedenen Rechtsordnungen	182
Kapitel 5 Novellierungsansätze im deutschen Recht	184
A. Novellierungsansätze im Zusammenhang mit der Einbürgerung	184
I. Verstärkte Werteüberprüfung vor der Einbürgerung	184
1. Novellierung im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens	185
a) Novellierung des § 11 StAG	185
b) Novellierung des § 12a StAG	187
c) Erweiterte Prüfungen und Befragungen der Einbürgerungsbewerber	187
aa) Einbürgerungstests und Gesprächsleitfäden	188
bb) Hessische oder baden-württembergische Leitfäden als bundesweite Vorbilder?	188
cc) Bayerischer Fragebogen als bundesweites Vorbild?	192
dd) Ergebnis zu erweiterten Einbürgerungstests und Wertetesten	194
2. Novellierungen im Rahmen des Vollzugs der Einbürgerung	195
a) Ablegung eines Eides	195
b) Einbürgerungsfeier	197
3. Einbürgerung auf Probe	198
a) Umsetzungsmöglichkeiten der Einbürgerung auf Probe	199
aa) Einbürgerungszusicherung	199
bb) Etappenweise verlaufende Einbürgerung	201
b) Rechtliche Zulässigkeit einer Staatsangehörigkeit auf Probe	202
aa) Vereinbarkeit der etappenweisen verliehenen Staatsangehörigkeit mit Art. 16 Abs. 1 GG	203
(1) Institutionelle Garantien als Grenze der Gesetzgebungsbefugnis	203
(2) Institutionelle Garantien des Art. 16 Abs. 1 GG	204
(3) Zwischenergebnis	207
bb) Zulässigkeit der Einbürgerungszusicherung	207

cc) Zwischenergebnis zur Umsetzung der Staatsangehörigkeit auf Probe	209
II. Ergebnis zu Novellierungsansätzen im Bereich der Einbürgerung	210
B. Novellierungsansätze beim gesetzlichen Erwerb der Staatsangehörigkeit	211
I. Übertragung des belgischen Modells?	211
II. Wiedereinführung der Optionspflicht mit Sicherheitsüberprüfung	212
III. Ergebnis zu Novellierungsmöglichkeiten im Bereich des gesetzlichen Erwerbs	214
C. Fazit zu den Novellierungsansätzen im Bereich des Erwerbs der Staatsangehörigkeit	215
Kapitel 6 Der Verlust der Staatsangehörigkeit aus historischer Perspektive: Ausbürgerungen im 20. Jahrhundert	218
A. Der Verlust der Staatsangehörigkeit im Ersten Weltkrieg	220
I. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	221
1. Deutsche als <i>Enemy Aliens</i>	221
2. Ausweitung der Feindseligkeiten auf ehemalige Deutsche	223
a) <i>British Nationality and Status of Aliens Act 1914</i>	224
b) <i>British Nationality and Status of Aliens Act 1918</i>	224
II. Frankreich und Deutsche im Ersten Weltkrieg	228
III. Deutsches Reich	231
B. Der Verlust der Staatsangehörigkeit im System der Sowjetunion	232
C. Der Verlust der Staatsangehörigkeit in der NS-Diktatur	234
I. Antisemitische Einflüsse im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht vor der NS-Zeit	234
II. Die Ausbürgerung im nationalsozialistischen Deutschland	236
1. Ausbürgerungsvorschriften im Dritten Reich	238
2. Wirkung und Rechtsfolge	241
III. Die nationalsozialistische Ausbürgerungsgesetzgebung in anderen Staaten	242
1. Die Ausbürgerungsgesetzgebung des <i>Vichy-Regimes</i>	243
2. Anzahl der Ausbürgerungen und Wirkungen	245

D. Der Verlust der Staatsangehörigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik	246
I. Individualausbürgerungen nach dem Staatsangehörigkeitsrecht der DDR	246
II. Kollektivausbürgerungen durch das DDR-Regime	248
E. Fazit zum historischen Überblick	249
Kapitel 7 Der Verlust der Staatsangehörigkeit als staatliche Maßnahme: Allgemeine Vorgaben des Völker-, Europa- und Verfassungsrechts	252
A. Völkerrechtliche Vorgaben für den Verlust der Staatsangehörigkeit	252
I. Allgemeine Vorgaben des Völkerrechts	253
II. Staatenlosigkeit im Völkerrecht	256
1. Verschiedene Erscheinungsformen der Staatenlosigkeit	257
2. Verbot der Staatenlosigkeit	259
3. Zwischenergebnis	261
B. Europarechtliche Vorgaben	261
C. Verfassungsrecht	263
I. Abgrenzung Entziehung und Verlust	264
1. Willenstheorie	265
2. Einzelakttheorie	266
3. Traditionstheorie – Theorie der internationalen Praxis	268
4. Vermeidbarkeitslehre/Zumutbarkeitslehre	269
5. Kombinationsformel	271
6. Entscheidung	271
II. Sonstige Voraussetzungen des Art. 16 Abs. 1 GG	273
1. Gesetzesvorbehalt für den sonstigen Verlust	273
2. Willentlicher Verlust und Staatenlosigkeit	274
a) Staatenlosigkeitsbegriff des Grundgesetzes	274
b) Staatenlosigkeit entgegen dem Willen bei erschlichener Einbürgerung	276
aa) Die Entscheidung des BVerfG vom 24. Mai.2006	276
bb) Würdigung der Entscheidung	279
D. Ergebnis zu den völker-, europa- und verfassungsrechtlichen Vorgaben für den Verlust der Staatsangehörigkeit	281

Kapitel 8	Der Verlust der Staatsangehörigkeit im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz	283
A.	Überblick über die Verlustgründe des StAG	283
B.	Verlust der Staatsangehörigkeit auf Veranlassung der Person: § 18 und § 26 StAG	283
C.	Der Verlust der Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes, §§ 25 und 28 StAG	285
	I. § 25 StAG – Voraussetzungen und Rechtsfolge	285
	II. § 28 StAG	286
	1. § 28 Abs. 1 Nr. 1 StAG n. F.	286
	a) Voraussetzungen	286
	b) Terroristische Organisationen und § 28 Abs. 1 Nr. 1 StAG	287
	2. Der Verlustgrund des § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG	289
	III. Vereinbarkeit der §§ 25, 28 StAG mit Völker-, Europa- und Verfassungsrecht	290
	1. Vereinbarkeit mit Völkerrecht	290
	a) Gesetzliche Verlustgründe im Rahmen des Völkerrechts	290
	b) Vereinbarkeit von § 25 S. 1 StAG und § 28 Abs. 1 Nr. 1 StAG mit den völkerrechtlichen Konventionen	291
	c) § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG	292
	aa) Vereinbarkeit mit Art. 7 Abs. 1 lit. c EUStAÜbk	292
	bb) Vereinbarkeit mit Art. 7 Abs. 1 lit. d EUStAÜbk	293
	cc) Zwischenergebnis zur Vereinbarkeit des neuen Verlusttatbestands mit Völkerrecht	296
	2. Vereinbarkeit mit Verfassungsrecht	296
	a) §§ 25, 28 Abs. 1 Nr. 1 StAG	297
	b) § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG	297
	aa) Verfassungsrechtliche Zulässigkeit terrorismusbezogener Verlusttatbestände	298
	bb) Die Ausgestaltung des § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG als gesetzlicher Verlusttatbestand	300
	cc) Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG am Maßstab des Verfassungsrechts	303
	(1) § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG und der Schutz vor Staatenlosigkeit	303

(2) § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG und die mehrfache Staatsangehörigkeit	304
(3) Sonstige Bedenken im Zusammenhang mit § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG	306
dd) Zwischenergebnis	307
3. Vereinbarkeit mit Europarecht	307
a) Die Verhältnismäßigkeit des Verlusts als Ausgangspunkt des EuGH: <i>Rottmann</i> und <i>Tjebbes</i>	308
b) Übertragung der <i>Tjebbes</i> -Rechtsprechung auf § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG?	309
c) Möglichkeiten der europarechtskonformen Anwendung des Verlusttatbestands § 28 Abs. 1 Nr. 2 StAG	311
d) Zwischenergebnis zur Vereinbarkeit mit Europarecht	314
4. Fazit zur Vereinbarkeit der gesetzlichen Verlusttatbestände des StAG mit Völker-, Verfassungs- und Europarecht	314
D. Verlust einer erschlichenen Einbürgerung durch Rücknahme der Einbürgerung – § 35 StAG	315
I. Voraussetzungen des § 35 StAG	316
1. Anwendungsbereich: Rechtswidrigkeit der Einbürgerung	316
2. Rücknahmegrund des § 35 Abs. 1 StAG	317
a) Wesentlichkeit der Angaben	318
aa) Verurteilungen und strafrechtliche Ermittlungsverfahren	319
bb) Zugehörigkeit zu extremistischen Vereinigungen	320
cc) Offenbarungspflicht über sonstige Aktivitäten	322
b) Rücknahmerelevante Handlung	323
aa) Arglistige Täuschung	323
bb) Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angabe	324
c) Erwirkung	325
3. Sonstige Rechtmäßigkeitsanforderungen an den Rücknahmebescheid	327
II. Rechtsfolge des § 35 StAG	329
1. Grundsätze der Ermessensausübung im Rahmen des § 35 Abs. 1 StAG	329
2. Ermessen und Staatenlosigkeit	331

3. Auswirkungen der Rücknahme auf die Staatsangehörigkeit Dritter	332
4. Rechtsschutz und Prozessuale	334
III. Vereinbarkeit des § 35 StAG mit Völker-, Verfassungs- und Europarecht	334
1. Vereinbarkeit mit Völkerrecht	334
2. Vereinbarkeit mit Europarecht und Verfassungsrecht	337
E. Fazit zu den verschiedenen Verlusttatbeständen nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht	337
Kapitel 9 Der Verlust der Staatsangehörigkeit als Maßnahme der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung in anderen Rechtsordnungen	339
A. Vereinigte Staaten von Amerika	340
I. Terrorismus- und extremismusbezogene Verlustregelungen nach geltendem US-Staatsangehörigkeitsrecht	342
II. Reformüberlegungen seit dem 11. September 2001	344
B. Frankreich	346
I. Allgemeine Verlustgründe als Ansatzpunkt für die Terrorismus- und Extremismusbekämpfung	347
II. Terrorismusbezogene Verlustregelungen des französischen Staatsangehörigkeitsrechts	348
III. Der persönliche Anwendungsbereich der Verlustnormen als Diskriminierung?	350
IV. Fazit zu den Verlusttatbeständen des französischen Staatsangehörigkeitsrechts	352
C. Belgien	353
I. Grundtatbestand Art. 23 CNB	353
II. Ergänzende und konkretisierende Verlusttatbestände Art. 23/1 CNB sowie Art. 23/2 CNB	355
III. Diskriminierender Charakter des persönlichen Anwendungsbereichs der Verlustvorschriften?	357
IV. Fazit zu den Verlustgründen des belgischen Staatsangehörigkeitsrechts	358
D. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	358
I. Der Nationality, Immigration and Asylum Act (2002)	359

II. Die Reform der Reform – die Auswirkungen des Immigration, Asylum und Nationality Act (2006) und des Immigration Act (2014) auf die Verlusttatbestände	361
III. Verfahren im Rahmen des Erlasses einer <i>deprivation order</i> und Rechtsschutz	363
1. Secretary of State v Abu Hamza	364
2. Secretary of State v Al Jedda	365
IV. Fazit zu den Verlustgründen des britischen Staatsangehörigkeitsrechts	366
E. Kurzer Überblick über weitere Verlustregelungen	367
I. Niederlande	367
II. Österreich	368
III. Australien	370
F. Fazit zu den terrorismus- und extremismusbezogenen Verlustregelungen im internationalen Vergleich	371
Kapitel 10 Novellierungsansätze beim Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit für Terroristen und Extremisten	373
A. Bestehende terrorismus- und extremismusbezogene Regelungslücken im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht	374
B. Novellierungsansätze beim bestehenden Verlusttatbestand des § 35 StAG	376
I. Umkehr der Beweislast bei nachträglicher extremistischer Aktivität	376
II. Anscheinsbeweis zu Lasten des Eingebürgerten bei extremistischen Aktivitäten kurz nach der Einbürgerung	378
C. Terrorismus- und extremismusbezogene Ausbürgerungsregelungen nach künftigem Recht	379
I. Persönlicher Anwendungsbereich	380
1. Anwendbarkeit der Verlustregelungen auf alle Erwerbstypen	381
a) Art. 5 Abs. 2 EUStAÜbk als allgemeines Gleichbehandlungsgebot?	381
b) Einheitlichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit als Differenzierungsverbot im Rahmen des Verlustes	383
c) Zwischenergebnis zum persönlichen Anwendungsbereich	385

2. Anwendbarkeit von Verlustregelungen im Falle der Monopatriodie und Bipatriodie	385
a) Sicherheitsbezogene Ausbürgerung unter Inkaufnahme der Staatenlosigkeit?	386
aa) Vereinbarkeit mit Art. 16 Abs. 1 GG	386
(1) Hypothetischer Wille zum Staatsangehörigkeitsverlust bei der Begehung terroristischer Verbrechen oder ähnlicher Handlungen?	387
(2) Teleologische Reduktion des Art. 16 Abs. 1 S. 2 GG im Falle sicherheitsbezogener Verbrechen	388
bb) Zulässigkeit nach StaLoÜbk und EUStAÜbk	389
b) Ausbürgerung im Falle mehrfacher Staatsangehörigkeit	390
aa) Privilegierung der Mehrstaatler als Argument für Ausbürgerungsregelungen	392
bb) Nachteilhaftigkeit der mehrfachen Staatsangehörigkeit als Argument gegen Ausbürgerungsregelungen	394
cc) Ergebnis: differenzierende Betrachtung unter Einbeziehung des Schutzmfangs der anderen Staatsangehörigkeit	395
(1) Ungewollte Mehrstaatigkeit als Differenzierungskriterium	397
(2) Differenzierung nach einzelnen Staatsangehörigkeiten	398
(3) Eintritt der De-facto-Staatenlosigkeit	400
3. Ergebnis zum persönlichen Anwendungsbereich	401
II. Sachlicher Anwendungsbereich	402
1. Verlustrelevantes Verhalten im Rahmen des StaLoÜbk sowie EUStAÜbk	403
2. Reichweite ausbürgerungsrelevanter Verhaltensweisen nach Art. 16 Abs. 1 GG	405
a) § 11 StAG und extremistische Verhaltensweisen als ausbürgerungsrelevante Handlungen	405
b) „Terrorismus“ und Ausbürgerung – Bestimmung des Begriffs im Rahmen des Verlusttatbestands	407
3. Ergebnis zum sachlichen Anwendungsbereich	410
III. Zeitlicher Anwendungsbereich und Rechtsfolge	410

D. Fazit	411
Kapitel 11 Effektivität des Staatsangehörigkeitsverlusts im Bereich der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung	412
A. Ziel der Ausbürgerung im Bereich der Terrorismusbekämpfung	413
I. Juristische Zwecke einer terrorismusbezogenen Ausbürgerung	414
II. Symbolischer Beitrag zur Terrorismusbekämpfung durch Ausbürgerungen	416
B. Effektivität der Ausbürgerung unter Berücksichtigung der juristischen Ziele	417
I. Realisierung der Ausreisepflicht	417
1. Abschiebungsmöglichkeit im Falle der Staatenlosigkeit	418
2. Abschiebungsmöglichkeit bei mehrfacher Staatsangehörigkeit	419
3. Ergebnis zur Durchsetzung der Ausreisepflicht	421
II. Verhinderung der Wiedereinreise des ausgebürgerten Terroristen	421
1. Verweigerung der Wiedereinreise im Falle der Staatenlosigkeit	422
2. Verweigerung der Wiedereinreise im Falle mehrfacher Staatsangehörigkeit	423
III. Resümee zur Effektivität der Ausbürgerung zu juristischen Zwecken	425
C. Effektivität der Ausbürgerung als Anti-Terror-Maßnahme unter Berücksichtigung des symbolischen Zwecks	427
I. Die Effektivität der Ausbürgerung aus zwischenstaatlichen Gesichtspunkten	428
1. Die zwischenstaatliche Perspektive der Staatsangehörigkeit	428
2. Die Auswirkung der terrorismusbezogenen Ausbürgerung auf die internationale Terrorismusbekämpfung	429
II. Der Sanktionscharakter der terrorismusbezogenen Ausbürgerung unter Effektivitätsgesichtspunkten	431
1. Faktoren sowie Hintergründe der Zuwendung zum islamistischen Extremismus	432
a) Typische Fehlkonzeptionen zum Radikalisierungsverlauf	434

b) Gemeinsamkeiten bei Terroristen und Extremisten aus dem islamistischen Kreis	435
2. Übertragung auf die Ausbürgerung im Rahmen der Terrorismus- und Extremismusbekämpfung	438
a) Wirkung der Ausbürgerung auf den Adressaten	439
b) Die These von der generalpräventiven Wirkung der terrorismusbezogenen Ausbürgerung	441
D. Fazit zur Effektivität der Ausbürgerung als Maßnahme der Terrorismusbekämpfung	443
Kapitel 12 Gesamtfazit der Arbeit	447
A. Die Terrorismus- und Extremismusbekämpfung in der Erwerbsphase	449
B. Die Terrorismus- und Extremismusbekämpfung durch den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	450
C. Gang der Untersuchung und Ergebnisse der einzelnen Abschnitte	452
D. Abschließende Gedanken	456
Literaturverzeichnis	457